



Pressemitteilung

EU-Umweltkommissar überprüft KMW-Kohlekraftwerksverfahren

Mainz / Wiesbaden, 13.01.2011: "Ein weiterer Beleg dafür, dass unser Anliegen weit über die Region hinaus Beachtung findet und ein schöner Erfolg für unser Bündnis-Mitglied, die SPD Wiesbaden!" kommentiert Meinrad v. Engelberg, 2. Vorsitzender des Bündnisses, die Anfrage aus dem Büro des EU-Umweltkommissars Janez Potočnik an den Wiesbadener Stadtpolitiker Arno Gossmann.

Die Wiesbadener SPD hatte bereits 2007 eine förmliche Beschwerde wegen Verletzung des EU-Rechts durch das KMW-Kohlekraftwerksprojekt an die EU-Kommission gerichtet, weil durch dieses Vorhaben auch europäische Rechtsgüter wie z.B. das FFH-Fischschutzgebiet im Rhein oder die ‚Luftqualitätsrichtlinie 96/62‘ bedroht seien. Nun hat Brüssel reagiert und um Einsicht in die Begründungen gebeten, mit denen die Genehmigungsbehörde SGD-Süd die Widersprüche der Kraftwerksgegner zunächst zurückgewiesen hatte.

Bündnis-Vorstandsmitglied Jörg Jordan ergänzt: "Wir glauben, dass unsere Widerspruchsbegründungen tragfähig sind und freuen uns, das gegebenenfalls vor der höchsten juristischen Instanz der EU überprüfen zu lassen. Auch wenn das Projekt derzeit 'auf Eis liegt', hat es die KMW ja noch keineswegs beerdigt, sondern in der letzten Aufsichtsratssitzung noch einmal bekräftigt, dass man die Entscheidung darüber nur aufgeschoben hat. Umso wichtiger ist es, rechtzeitig zu prüfen, ob dieses Vorhaben überhaupt europäischen Standards genügt.

Bekanntlich ist das EU-Umweltrecht in manchen Dingen strenger als das eher an den Interessen des Antragstellers orientierte deutsche Genehmigungsverfahren. Allein die Tatsache, dass sich nun Brüssel darum kümmert, also unsere Argumentation für gewichtig hält – durchaus keine Selbstverständlichkeit bei den vielen tausend Beschwerden, die dort regelmäßig eingehen –, beweist, dass es leider keinen Anlass gibt, den Konflikt vorschnell für erledigt zu erklären, nur weil das Verfahren momentan ruht und kein Investor in Sicht ist:

Die KMW sitzt weiter auf Millionen Euro Rücklagen, um das Kraftwerk doch noch zu bauen. Gerade bei milliardenschweren Großprojekten – ob Stuttgart'21 oder Atomausstieg – zeigt sich immer wieder, dass die Investoren und Konzerne einen längeren Atem haben, als es die meisten Betroffenen für möglich halten.

Wir fordern daher auch weiterhin das rechtlich verbindliche, endgültige Aus für das Kohlekraftwerk und die Vorstellung ernst gemeinter Alternativkonzepte!"